

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Lügen Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Das Ergebnis unserer Abstimmung.

Wenn wir auch noch nicht in der Lage sind, die Abstimmungstabelle für jeden einzelnen Ort zu veröffentlichen, können wir doch heute schon das vorläufige Gesamtergebnat unseren Kollegen zur Kenntnis bringen. Und da dürfen wir sagen, daß es uns mit hoher Freude und Genutnung erfüllt!

Es haben 12073 Kollegen und Kolleginnen für den Vorschlag I, also für die Erhöhung der Beiträge um weitere 10 Pf. vom 1. April 1918 an gestimmt. Dem stehen nur 1716 Stimmen für den Vorschlag II gegenüber, der bekanntlich die Herabsetzung der Krankennnterstützungssätze vorsah.

Dieses Ergebnis ist in doppelter Beziehung zu begrüßen. Einmal spricht aus den Zahlen eine recht ansehnliche Beteiligung. Nach den Erfahrungen anderer Gewerkschaften in jüngster Zeit war zu befürchten, daß auch bei uns die Stimmenabgabe nicht wesentlich über 25 Proz. unserer Mitgliedschaft hinauskommen würde. Statt dessen haben sich über 42 Proz. aller Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, selbst wenn wir die nachlässigen Mitglieder vom 1. Januar 1918 (32925) zu Grunde legen. Es haben nämlich 14026 insgesamt abgestimmt, wovon 237 ungültig waren. Zieht man dabei die Erchwernisse durch Scheidewechsel, Kriegsverhältnisse und Verkehrserschwerungen in Betracht so ist dieses Resultat recht erfreulich. Es zeugt von dem Interesse, das die Kollegen am Verbands und seiner gesunden Finanzierung haben.

Zum anderen ist die Abgabe zugunsten des Vorschlags I von reichlich 85 Proz. aller Abstimmenden erfolgt. Also kaum 15 Proz. haben sich für den Vorschlag II entscheiden können.

Das zeugt unverkennbar für die weitgehende Erkenntnis unserer Mitglieder, daß in dieser Zeit der Geldentwertung eine Herabsetzung der Unterstützungssätze nicht am Platze ist.

Aber auch für die beachtenswerte Verbesserung unserer Finanzen wird der neue Beschluß sorgen. Denn es war immerhin noch zweifelhaft, ob durch die bloße Herabsetzung der Unterstützungen so nennenswert eingespart werden konnte, um die Finanzen genügend stark zu machen. Nun ist die Bahn frei für die gesunde Entwicklung unseres Verbandes, trotz aller Kriegsnöte und sonstigen Erchwernisse.

Man konnte insbesondere über die Beteiligung an der Abstimmung einige Sorge haben, da in den weitaus meisten Filialen seit vielen Jahren keine Abstimmung vorgenommen worden ist. Der fortwährende Wechsel im Verwaltungsförder unserer Organisation (der noch durch die üblichen Neuwähler im Januar vermehrt wurde), die Beschaffung von Lokalitäten und viele andere Schwierigkeiten mußten überwunden werden.

Will man all diesen Dingen gerecht werden, so ist das Gesamtergebnat in jeder Beziehung zufriedenstellend. Daß bei alledem sich an manchen Orten auch ungenügende Beteiligung zeigte, mögen die nachfolgenden Einzelergebnisse aus den größten Filialen jedes Ganges erkennen lassen. Die Mitglieder-

zahlen vom 31. Dezember 1917 setzen wir in Klammern daneben. Es haben gestimmt: Berlin (5718) für Vorschlag I 3570, für Vorschlag II: 761. Stettin (181) 56 : 5. Bremen (777) 86 : 18. Breslau (2180) 473 : 17. Dresden (1776) 575 : 112. Köln (519) 122 : 5. Frankfurt a. M. (1242) 197 : 8. Hamburg (3857) 240 : 12. Hannover (258) 27 : —. Königsberg (357) 71 : 7. Kiel (483) 190 : 7. Leipzig (600) 99 : 41. Magdeburg (433) 130 : 37. Mannheim (720) 162 : 5. München (2444) 1684 : 286. Nürnberg (763) 107 : 13. Straßburg (267) 57 : 4. Stuttgart (1054) 212 : 52. Einzelmitglieder (92) 36 : 1. Wie aus diesem Teilergebnat ersichtlich, verteilt sich die Zahl derer, die für den zweiten Vorschlag stimmten, fast gleichmäßig auf die einzelnen Orte. Im übrigen war die Beteiligung an manchen kleineren Orten (wie die Gesamtübersicht in nächster Nummer zeigen wird) recht rege und steht hinter den Resultaten der Großstädte durchaus nicht zurück. Wahrhaft musterhaft ist allerdings das Ergebnis unserer Groß-Berliner Filiale. Unter den 3570 für Vorschlag I befinden sich allein 1000 weibliche Mitglieder. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Filiale Berlin gleichzeitig den Ortszuschlag um 5 Pf. erhöht, so daß also der Beitrag vom 1. April 1918 an anstatt 75 Pf. in Zukunft 90 Pf. beträgt.

Eins ist nunmehr erforderlich: Wir müssen während der wenigen Wochen bis zur Einführung des neuen Beitrages emsig die Flauen und Launen aufreißten. Wir müssen an alle Kollegen und Kolleginnen den Appell richten, nun mit unverdrossenem Eifer die Kleinagitation zu betreiben.

Es gibt so manden, der noch nicht genügend gefestigt ist in seiner grundsätzlichen Anschauung, daß er unter allen Umständen im Verband sein muß. Die Unsicheren bedürfen der Stütze und Ermahnung, besonders in Zeiten einer Beitragserhöhung. Man muß ihnen liebevoll klarzumachen suchen, daß jeder Kollege und jede Kollegin sich selber schädigt, die in diesen Zeiten des dringendsten Zusammenklusses sich abseits stellen.

Das verfloßene Jahr hat eine stattliche Reihe von Erfolgen für uns aufzuweisen in bezug auf unsere Lohnforderungen. Andererseits sind die fast täglich sich steigenden Preise aller Bedarfsartikel und Nahrungsmittel so unabweislich hoch, daß wir auch im neuen Jahr unermüdet an die Arbeit gehen müssen, um einen annähernden Ausgleich durch weitere Lohn erhöhungen zu erzielen.

Je geschlossener das Ganze marschiert, um so größer auch die Erfolge für jeden einzelnen.

Wohlan, die Vorbedingungen für gute Gewerkschaftsarbeit sind durch die Abstimmung geschaffen.

Sorge nun jeder zu seinem Teil für die Erfüllung aller berechtigten Erwartungen durch rege Werbe- und Aufklärungsarbeit im Verbands.

Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges.

Die Generalkommission ist von manchem sonst tüchtigen Gewerkschaftler in Versammlungen und Gesprächen heftig angegriffen worden. Es gingen aber die Angriffe auch von solchen Gewerkschaftsmitgliedern aus, die weder durch besondere gewerkschaftliche Mührigkeit noch durch langjährige Mitgliedschaft dazu als besonders berufen angesehen werden können. Das Beschämende an der Sache ist, daß bei eingehender Sachdarstellung eines Mitgliedes der Generalkommission in den Gewerkschaftsversammlungen die „Kritiker“ meist recht schweigsam wurden, weil ihre sachlichen Gründe keinen rechten Bestand hatten. Ähnliches hat sich am 18. 1. 18 in Dresden abgespielt. Wir geben zu informativem Zweck nachfolgend hierüber einen Bericht:

Eine sehr zahlreich besuchte Konferenz der Dresdener Gewerkschaftsfunktionäre tagte am 18. 1. 18 im großen Saale des Volkshauses. Ueber „Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges“ referierte Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission. Er führte in seinem Vortrage folgendes aus:

Die Tätigkeit der Zentralverbände und der Generalkommission während des Krieges wurde vielfach stark angefeindet. Besonders reden die Unabhängigen, um Stimmung gegen die Generalkommission zu machen, schlechtweg von einer „Politik der Generalkommission“, die an allem, was sie zu kritisieren haben, schuld sein soll. Fragt man den, der dieses Schlagwort gebraucht, was er unter dieser „Politik der Generalkommission“ versteht, dann kann er meist keine Auskunft geben. Nicht Beschwerden auf gewerkschaftlichem Gebiet haben zu den abspredhenden Urteilen über die gewerkschaftliche Arbeit während des Krieges geführt, sondern sie haben immer einen politischen Untergrund. Daher ist es nötig, diese Arbeit etwas näher zu beleuchten.

Was sich während des Krieges in der Haltung und Stellung der Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum etwas geändert? Haben die Gewerkschaften den alten Boden verlassen und sich anderen Zielen zugewandt? Auf diese Frage gibt es nur ein rundes Nein! Die Gewerkschaften sind ihren alten Grundsätzen treu geblieben. Sie wahren nach wie vor die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmertum und führen diesen Interessenkampf auch gegenüber dem Staat und gegenüber der Gesellschaft. Die Taktik ist freilich anders geworden, weil die Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Kämpfe im Kriege ganz andere sind. Die Gewerkschaften haben seit jeher ihren Kampf eingestellt auf das Erreichbare. Wie stellten sie sich eine Aufgabe, deren Umdurchführbarkeit in der Gegenwart von vornherein schwindet. Man kann einen Kampf nur aufnehmen, wenn die Voraussetzungen für sein Gelingen nach menschlicher Berechnung gegeben sind. Die plötzliche Verdopplung des Lohnes oder die plötzliche Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden ist schwer möglich. Derartige Ziele lassen sich nur Schritt für Schritt erreichen. Die Art des gewerkschaftlichen Kampfes paßt also dazu, genau zu prüfen, wie stark die gegnerischen Kräfte sind und wie weit die eigene Kraft reicht. Diese gewerkschaftlichen Grundsätze, die unerschütterlich sind, gelten noch viel mehr während des Krieges, da der Kampf Boden für die Arbeiter wesentlich ungünstiger ist als jemals im Frieden.

Wer die Schwierigkeiten kennt und die Arbeit der Gewerkschaften vorurteilsfrei prüft, der wird anerkennen müssen, daß sie die Erwartungen erfüllen, die billigerweise in dieser schwierigen Zeit an sie gestellt werden konnten, und daß sie auch im Kriege Großes geleistet haben im Interesse der Arbeiterklasse. Aber der Krieg hat viele Menschen reizbar und ungerecht gemacht und sie sind leicht geneigt, dem berechtigten Unmut über die Kriegsfolgen an falscher Stelle Luft zu machen.

Was sind nun die Vorwürfe gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftsvorstände?

Die Gewerkschaften sollen ihren Kampfcharakter abgegeben haben. Hintertreppenpolitik betreiben. Die Führer sollen den Klassenkampf verraten haben und Hausfluchte der Regierung geworden sein. Das ist so eine kleine Blütenlese aus einem gegen die Gewerkschaftsleistungen gerichteten Klageblatt. Die ganze Art dieses Vergebens findet ihre Erklärung in dem Zwiespalt, der die politische Arbeiterbewegung zerreißt und der auch in die Gewerkschaften getragen werden soll. Die Ursache des Zwiespalts ist die Stellung zur Landesverteidigung. In der ersten Zeit des Krieges war es ziemlich die ganze Partei eingetragener. Ein großer Teil der Unabhängigen hat lang Zeit den Trumpf der Partei verraten.

Nachdem sie sich gewandt haben, sollen die anderen Verräter an der Arbeiterklasse und Regierungssozialisten sein.

Würde durch die Ablehnung der Kredite die gewerkschaftliche Taktik erfolgreicher zu gestalten gewesen sein? Das erscheint ganz ausgeschlossen. Welche Taktik streben denn die Kritiker an? Sie wollen die Gewerkschaften in den politischen Kampf ziehen, politische Forderungen stellen und den Kampf für diese Forderungen in den Gewerkschaften aufnehmen. Das hat sich im Frühjahr 1917 bei den Arbeitsniederlegungen wegen der Nahrungsmittelnot in Berlin, Leipzig usw. gezeigt. In Leipzig wurden in einer Streikversammlung politische Forderungen gestellt und die Versammelten verpflichteten sich, die Arbeit erst nach Erfüllung dieser Forderungen wieder aufzunehmen. Aber sie gingen schon nach drei Tagen wieder in die Betriebe, ohne noch ein Wort über die politischen Forderungen zu verlieren, und die Folge war nur eine Plamage. Würde eine derartige Taktik in größerem Umfang durchgeführt, dann würden die gewerkschaftlichen Organisationen nur den schwersten Schaden leiden. Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine Trennung der Aufgaben durchgeführt: die politische Partei hat die politischen, die Gewerkschaften haben die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. Wenn wir diesen Boden verlassen, kommen wir in eine unhaltbare Situation und die mühevollen, jahrelangen Arbeit, die Gewerkschaften zu einem Machtfaktor werden zu lassen im Wirtschaftsleben, ist in Frage gestellt.

Wenn wir nun unserer bisherigen Taktik getreu auch in der Kriegszeit die Forderung politischer Kämpfe durch die Gewerkschaften ablehnen, bliebe zu untersuchen, ob die wirtschaftlichen Interessen genügend gewahrt werden sind.

Wie war die Wirtschaftslage zu Anfang des Krieges? Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß dem Kriegsausbruch sehr bald der wirtschaftliche Zusammenbruch folgen würde. Die Massenarbeitslosigkeit setzte ein. In den ersten drei Kriegsmonaten waren 22 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und im ersten Kriegshalbjahr haben die Zentralverbände 24 Millionen Mark für die Unterbringung der Arbeitslosen aufgewendet. Bei dieser Sachlage war es selbstverständlich, daß Streiks nicht geführt werden konnten. Aber gerade aus dem Verstoß, bei dieser absoluten Arbeitslosigkeit eines Erfolges die Streiks einzustellen und neue Streiks nicht zu führen, wird den Gewerkschaften jetzt ein unabweisbarer Vorwurf gemacht.

Damals kam es darauf an, Schwädigungen der Arbeiterkraft durch die Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern. Die Generalkommission suchte die bestehenden Löhne und die Tarifverträge zu sichern und sie hatte mit diesen Bemühungen Erfolg. Dann mußte Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen werden. Auch die Aufgabe, das Reich und die Gemeinden zur Unterbringung der Arbeitslosen zu veranlassen, ist gelungen. Das Reich bewilligte zu diesem Zwecke 200 Millionen Mark.

Jeder Tag stellte aber die Verbände vor neue Aufgaben. Schon kurze Zeit nach Kriegsausbruch wurden große Scharen Kriegsgefangener eingebracht und zum Teil der Industrie zugeführt. Da galt es, zu verhindern, daß diese Kriegsgefangenen zu Lohnrückerneuten würden. Die Generalkommission vermaßte die zuständigen Stellen zu der Verfügung zu veranlassen, daß für die Kriegsgefangenen an den Militärjessus der gleiche Lohn wie an freie Arbeiter zu zahlen sei, und daß ein Unternehmer nur dann Kriegsgefangene zugewiesen erhalten sollte, wenn die Arbeitsnachweise und die Gewerkschaften behaupteten, daß deutsche Arbeiter nicht nachgewiesen werden konnten. Eine weitere Aufgabe erwiderte den Verbänden aus dem Schutz der in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen. Die Zahl der Beschwerden, die die Generalkommission zu diesem Schutze beim Kriegsministerium geltend machte, geht in die Tausende. Ebenso suchte die Generalkommission den Schutz der nach Deutschland angewandten belgischen Arbeiter anzugehen. Heute haben die Gewerkschaften das Recht, diese belgischen und auch die russisch-polnischen Arbeiter als Mitglieder anzunehmen und so ihre Interessen zu wahren. Diesem Zwecke dient auch für die russisch-polnischen Arbeiter das erst in neuester Zeit erwiderte Sekretariat für die ostjüdischen Arbeiter.

Das gewaltigste Problem, das der Krieg gestellt hat, ist die Lebensmittelversorgung. Schon Mitte August 1914 hatten Parlament und Generalkommission zu ihrer Regelung bestimmte Beschlüsse gemacht. Die Forderungen wurden damals als übertrieben hingestellt und nur nach und nach durch die Verbände gezwungen, ging die Regierung an die Bewerkstelligung der

Vorschläge, die heute, wenn auch nicht zeitlos, so doch im Prinzip durchgeführt sind. Die Jagdbarkeit und Unentschlossenheit der verantwortlichen Stellen und die Schonung der agrarischen Sonderinteressen hat uns freilich in die unhaltbare Situation gebracht, unter der wir heute leiden. Unsere Lebensmittelversorgung ist gescheitert, weil der energische Wille an den maßgebenden Stellen fehlte und weil große Bevölkerungskreise einen solchen Mangel an Gemeinfinn und Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen offenbarten, daß man darüber verzweifeln könnte. Jetzt rächt sich die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die das Gesamtwohl über das Einzelinteresse stellen, in der Gemeinde und im Staat. Daß große Schichten unseres Bürgertums geradezu als Hyänen des Schlachtfeldes die Not des Volkes in wüderische Gewinne ummünzen, findet eine Erklärung in der bürgerlichen Erziehung dieser Volksschichten. Gewerkschaften und Partei waren unausgesetzt tätig, um Veffierung und Ordnung zu schaffen. Die geleistete Arbeit ist ungeheuer, wenn auch die Leffentlichkeit wenig davon erfährt, weil beispielsweise die Verhandlungen im Ernährungsbeirat, in dem unsere Vertreter einen unausgesprochenen scharfen Kampf führen, vertraulich sind.

Da das Wirken der Gewerkschaftsvertreter nicht immer vollen Erfolg hatte, wird nun von den Kritikern verlangt, daß dann eben zu schärferen Kampfmitteln gegriffen werden müsse. Daß aber zum Beispiel durch eine allgemeine Arbeitsverweigerung die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zu bessern sind, wird niemand behaupten können, der sich die Folgen für die Arbeiterschaft vergegenwärtigt. Einmal kommt für alle, denen es nicht gleichgültig ist, ob Deutschland unterliegt, in Betracht, daß man Deutschland nicht lahmliegen und den Gegnern ausliefern kann und zum anderen würde die Arbeiterschaft unter dieser Lahmlegung zweifellos selbst am schwersten leiden.

In seinem weiteren Verlaufe hat nun der Krieg die Gewerkschaften vor immer neue Aufgaben gestellt. Die Industrie ging zur Kriegsarbeit über. Die Arbeitslosigkeit wich einem Arbeitermangel. Nur einige der wichtigsten Aufgaben seien genannt.

Da ist zunächst die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Unterhaltungsätze des Reichs, die bei Kriegsbeginn 9 Mk. für die Frau und 6 Mk. für das Kind betragen, sind als Folge unseres jähdigen Trägens heute um 400 Proz. verbesert. Auch in den Gemeinden wurde in dieser Richtung von den Gewerkschaften und der Partei ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet. Aus eigenen Mitteln haben die Verbände bis Ende September 1917 an die Familien der Kriegsteilnehmer 24 Millionen Mark ausgezahlt. Ferner wurde für die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, für die Unterhaltungs- und Rentenberechtigung der unehelichen Kinder mit Erfolg gewirkt.

Eins der wichtigsten Aufgabengebiete wurde die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Es galt, ihre Arbeitskraft zu schützen und die Renten der Kriegsbeschädigten zu sichern und es gelang, dem Grundsatze Geltung zu verschaffen, daß jeder Kriegsbeschädigte ohne Rücksicht auf die Menge seiner Leistung entsprechend zu bezahlen ist. Neben der Arbeit für eine ausreichende Rentengewährung helfen die Gewerkschaften auch die freiwillige Hilfe für die Kriegsversehrten mit zu organisieren und sie suchen sie unter ihre Kontrolle zu bringen, da schließlich auch die reichlichste Rente nicht jeden gegen Not zu schützen vermag.

Aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden parlamentarischen Vertreter auch eifrig am Werke, um den Kriegsbeschädigten ein Recht auf Arbeit zu sichern in der Weise, daß jeder Unternehmer verpflichtet wird, auf eine bestimmte Zahl von Arbeitern einen Kriegsbeschädigten einzustellen. Diesbezügliche Anträge werden bald im Reichstage eingebracht werden und es ist Aussicht vorhanden, den Reichstag und die Regierung auf diesen Weg zu bringen.

Es ließe sich noch viel anführen über die Arbeit der Gewerkschaften für die Hebergananswirtschaft, für die Demobilisierung, für den Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege, in der Monopolgehegung, über die internationale Tätigkeit. Auf allen diesen Einzelgebieten ist eine detartig umfassende Arbeit in aller Stille geleistet worden, daß deren Ergebnisse zur gegebenen Zeit zum Segen für die Arbeiterschaft in Erscheinung treten werden.

Aber die Tätigkeit der Gewerkschaften, auf die es am meisten ankommt, ist die für die Verbesserung der Lebenshaltung, für die Verbesserung der Löhne, um die Kaufkraft des einzelnen bei dem sinkenden Geldwert aufrecht zu erhalten. In der Lösung dieser Aufgabe ist jede Organisation selbständig. Zu

vielen Fällen wurde aber die Mithilfe der Generalkommission in Anspruch genommen, weil in der Kriegszeit der Kampf für die Lohverbesserung in anderer Form als im Frieden geführt werden mußte, und zwar in Verhandlungen nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den amtlichen Stellen und den Militärverwaltungen. Dabei sind im allgemeinen durchaus zufriedenstellende Erfolge errungen worden; viele Tarifverträge wurden zustande gebracht, die früher nicht erreicht worden wären. Der gewerkschaftliche Kampf wurde also in anderen, durch die anders gelagerten Verhältnisse bedingten Formen geführt, aber auch diese haben Ergebnisse gezeitigt, die als durchaus erfreulich bezeichnet werden müssen.

Das gilt auch von der gewerkschaftlichen Arbeit unter dem Hilfsdienstgesetz. Bei seiner Schaffung standen die Gewerkschaften vor der Frage, entweder durch starre Opposition die Schaffung des Gesetzes allein durch die bürgerlichen Parteien im Reichstage ohne jeden Schutz für die Arbeiter zu verhindern oder durch praktische Mitarbeit für eine möglichst weitgehende Wahrung der Interessen der Arbeiter in dem Gesetz einzutreten. Die Gewerkschaften entschieden sich für letzteres und es gelang ihnen ein wertvolles, sozialpolitisches Programm in Verbindung mit dem Hilfsdienstgesetz durchzuführen, durch das wichtige gewerkschaftliche Forderungen, deren volle Verwirklichung vor dem Kriege auch in schweren Kämpfen nicht möglich war, verwirklicht worden sind.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die Gewerkschaften auf dem rechten Wege waren, als sie bei der durch den Krieg geschaffenen neuen Sachlage ihre Taktik so einrichteten, daß sie nach Maßgabe der neuen Verhältnisse das Beste für die Arbeiter herauszuholen vermochten. Dadurch ist auch der Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben bedeutend gestiegen. Das zeigt sich auch an der bevorstehenden Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und an der Verwirklichung des Arbeitskammergesetzes, zwei Maßnahmen, die eine weitere Steigerung des gewerkschaftlichen Einflusses mit sich bringen werden. Das ist im Hinblick auf die Kriegsaufgaben, die nach dem Kriege zu bewältigen sein werden, hoch zu begrüßen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben, zur siegreichen Führung der zu erwartenden schweren Kämpfe ist aber auch ein guter Geist in den Gewerkschaften dringend nötig, unverbrüchliche Einigkeit und festes Vertrauen. Daher darf der gerühmte Parteilosigkeit in den Gewerkschaften keinen Boden finden. Nur dann können wir der Zukunft getroßt entgegensehen, und der Kampf, den sie mit sich bringen wird, wird schwer, aber auch siegreich sein!

Die Aussprache, die dem Vortrage folgte, gab auch denen, die mit der gewerkschaftlichen Arbeit während des Krieges nicht einverstanden waren, uneingeprüfte Gelegenheit, ihr Bedenken und ihre der Meinung des Vortragenden entgegenstehende Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Nach dem alle Einwände sachlich behandelnden Schlußwort des Genossen Bauer einige sich die Versammlung aber nahezu einstimmig auf folgende Entschliebung, gegen die sich nur zwei Hände erhoben:

Die am 18. Januar 1918 im Volkshause versammelten Funktionäre der Dresdener Gewerkschaften betonen nachdrücklich, daß die freien Gewerkschaften auch während des Krieges ihre im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt erprobten Grundsätze hochgehalten haben und weiterhin vertreten müssen.

Tagegen muß anerkannt werden, daß die durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes eine Veränderung der gewerkschaftlichen Taktik bedingt haben. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände und ihre Spitze, die Generalkommission, haben in anerkennenswerter Weise durch die Anpassung an die Tatsachen alles zu erreichen versucht und erreicht, was nach der Sachentwicklung der organisierten Arbeiterschaft möglich war, insbesondere bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeiterlohnes, der Lebensmittelversorgung und der Lage der Opfer des Krieges.

Bei Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Leitungen kann allein ihre Tätigkeit im wirtschaftlichen Kampfe maßgebend sein. Das Vorneinragen parteipolitischer Streitigkeiten in die einheitliche Gewerkschaftsbewegung muß entschieden abgelehnt werden. Dieser Streit kann und soll nur dazu dienen, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zersplittern, sie damit zur Schwächung zu verdammern und damit die gesamte Arbeiterbewegung in unverzeihlicher Weise zu schädigen.

Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen ist es, das kostbare Gut ihrer Organisation, die Einigkeit, aus dem Weltbrande unverfehrt in die Friedenszeit hindertzutragen. Nur dann besteht die Gewähr, daß die Kampfkräft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird.

Zur Abstimmung im Gau Düsseldorf.

In der Zeit vom 3. bis 15. Januar wurde in fast allen Filialen zu der Abstimmung in Mitglieder- und Betriebsversammlungen Stellung genommen. Mit Ausnahme einiger größeren Filialen waren die Versammlungen sehr gut besucht und es wurde der Frage auch ein großes Interesse entgegengebracht. Wenn man anfangs der Erhöhung nicht zustimmen wollte, so ließen sich die Kollegen in den Versammlungen doch eines besseren belehren. In allen Orten wo die Kollegen in den Versammlungen erschienen waren, haben sich fast 100 Proz. an der Abstimmung beteiligt und fast geschlossen trat man für die Erhöhung der Beiträge ein. In verschiedenen Versammlungen betrachtete man dies sogar als ungenügend, denn die Kollegen hatten sich davon überzeugen lassen, daß wir eine gute Finanzlage schaffen müßten, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Das Abstimmungsverhältnis beweist aber auch, daß dort, wo der Versammlungsbesuch ein miserabler genannt werden muß, die Beteiligung an der Abstimmung entsprechend gering war. Dieses ist leider gerade in den Orten zu verzeichnen, wo die Kollegen dem Verbands so sehr viel zu danken haben. Die Laubheit ist aber auch dort gerade am größten, wo die Stadtverwaltungen den Wünschen der Kollegen recht wenig Rechnung tragen. Hierbei kann man aber die Wehrnehmung machen, daß bei der Abstimmung in den Betrieben eine große Beeinflussung stattgefunden hat. Sind doch Betriebe vorhanden die ganz annehmbare Löhne verdienen, die aber geistlich gegen die Erhöhung gestimmt haben. Leider sind es wieder die Betriebe, welche die erhöhten Löhne nur einzig und allein dem Verbands verdanken, die es aber nicht der Mühe für wert halten, in den Versammlungen zu erscheinen, wo über das Wohl und Wehe des Verbandes beraten und beschlossen werden soll, jedoch dann auf der Wahlzettel erscheinen, wenn der Verband für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingreifen muß. Da über 80 Proz. der Abstimmenden sich für die Erhöhung der Beiträge ausgesprochen und entschieden haben, gehen wir uns der Hoffnung hin, daß auch die Gegner des erhöhten Beitrages sich nunmehr dem Mehrheitsbeschluss fügen werden. Denn nur eine Organisation, die über genügende Mittel verfügt, kann für die Mitglieder tatkräftig arbeiten.

Wenn man immer mit dem Einwand kam, die neuen Mitglieder werden die Erhöhung nicht verstehen und werden wieder die Löhne verlassen, so konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß gerade in diesen Filialen die neuen Mitglieder es waren, die der Erhöhung das Wort redeten. Man kann sagen, daß in den Versammlungen ein guter Geist vorhanden war. Die richtige Hoffnung ist vorhanden, daß der Gedanke der Zugehörigkeit zum Verbands immer mehr die städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter befeuert und wir getraut in die Zukunft blicken können. So ist denn für eine bessere Finanzlage gesorgt und auch für die Gewinnung neuer Mitglieder der Boden gebnet. Wurden doch in den verschiedenen Filialen wieder neue Mitglieder dem Verbands zugesetzt. Wenn die Mitglieder an allen Orten ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, dann werden auch bald die Stadtverwaltungen einsehen müssen, daß sie den Verband als Vertretung der städtischen Arbeiter anerkennen müssen.

Eine lebhafte Mahnung aber möchten wir an alle diejenigen richten, die der neuen Beitragserhöhung bislang mißtrauisch gegenüberstehen. Jetzt ist einmal entschieden, da muß ein jeder mitmachen und treu zum Verbands stehen.

Also rufen wir uns zu neuen Mühen und Erfolgen durch Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband. N. W.

• Aus den Stadtparlamenten •

Freiburg Sachsen. Dem Stadtv. Bericht entnehmen wir: Der Berichterstatter Dr. Schaller bemerkt, daß der Gauleiter des Gewerkschafts- und Staatsarbeiter-Verbandes Herr Pfeiffer, erneut eine Eingabe um eine Lohnerhöhung von 10 Pf. die Stunde für die städtischen Arbeiter gemacht und diese eingehend mit den steigenden Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen begründet habe. Aus dieser Begründung geht hervor, daß der Lohn von 32 Pf. die Woche ausreicht knapp bemessen sei und zum Leben unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ausreichte. Da auch der Stadtv. Bericht in der vorletzten Sitzung die bewilligten 3 Pf. als nicht ausreichend erklärt, habe der Rat erneut mit dem Gewand sich beschäftigt und im Einklang mit der Tatsache, daß ihm von den Betriebsleitern der städtischen Betriebe erklärt worden sei, ein großer Teil der Arbeiter sei mit dem Bewilligten zufrieden und liehe nicht hinter dem Verbands, weitere 2 Pf. Lohnerhöhung für

die Stunde in Vorschlag gebracht, so daß die Zulage nunmehr 5 Pf. betrage. Die hierdurch verursachten Mehrkosten dürften 10 000 Mk. im Jahre betragen. Immerhin lehne es aber der Rat ab, mit dem Organisationsvertreter in Verbindung zu treten. Er wünsche vielmehr, daß, wo immer die städtischen Arbeiter Wünsche hätten, sie zunächst persönlich an den Rat, bzw. Betriebsleitung herantreten möchten. Stadtv. Bieligk: Die letzten Ausführungen des Berichterstatters berührten sonderbar. Wenn hier der Rat den arbeiterorganisationsablehnenden Standpunkt einnehme, so sei das von einer Kommunalverwaltung um so verwerflicher, als selbst das Unternehmertum das Verhandeln von Organisations- zu Organisations immer mehr anerkenne und selbst die Regierung und die amtlichen Behörden mit diesen Organisationen heute fruchtbringend zusammenarbeiten und solches lobend anerkennen. Im übrigen sollte doch nicht immer auf die 32 Pf. Wochenlohn hingewiesen werden, denn er möchte die nicht zahlen, die weniger verdienen. Gewiß mögen sich Arbeiter finden, die mit den bewilligten 3 Pf. vollumf. zufrieden seien, solche Blüten gebe es überall, die große Mehrzahl der städtischen Arbeiter dagegen dürfte eine solche Zufriedenheit von sich weisen. Es dürfte nicht uninteressant sein, daran zu erinnern, daß diese Arbeiter nach Nichterfüllung ihrer vorgetragenen Wünsche die Arbeitsniederlegung ernstlich erwogen hätten, und daß ihnen daraufhin mit dem Aufsichtsrat und der jugendweisen Einberufung zum Deceßrecht gedroht worden sei. Wie verträge sich das mit dem angeblich wohlwollenden Verhalten persönlich vorgelegener Arbeiterwünsche gegenüber? Die verlangte Zulage werde schon durch die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel gerechtfertigt. Stadtv. Bergerat & eold: Wir können zwar allen Arbeitern einen auskömmlichen Lohn, aber es muß doch auch Rücksicht genommen werden auf die Allgemeinheit und deren Nachkommen, die diese Lasten zu tragen haben. Er hätte es für selbstverständlich, daß die Arbeiter sich bei ihren Forderungen zunächst an ihren Lohn- und Prohibitoren wenden. Gewiß sei das Verhandeln von Organisations- zu Organisations nicht von der Hand zu weisen; aber ein ledlich gutes Arbeitsverhältnis lege doch wohl zunächst ein gegenseitiges Vertrauen und Hand-in-handarbeiten voraus. Deshalb sei die Auffassung des Rates nicht von der Hand zu weisen. Stadtv. Kühle: Infolge der gegenwärtig kurzen Arbeitszeit sei ja für einen Teil der städtischen Arbeiter eine wenig günstige Verdienstmöglichkeit. Das dürfte jedoch mit der nun einsetzenden Verlängerung der Tagessdauer immer besser werden. Allerdings solle den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, durch möglichst viel Arbeitsstunden ihren Verdienst zu erhöhen. Die Vorlage sei von allen Parteien sehr wohlwollend behandelt worden. Stadtv. Genosse Müller: Es sollte nach der gesunden Anerkennung, die die modernen Gewerkschaften gefunden, doch wohl nicht vorkommen, daß eine Kommunalverwaltung es ablehnt, mit einem Organisationsvertreter zu verhandeln. Wer eine solche Eingabe für die Arbeiter mache, bleibe sich übrigens gleich, sofern diese Eingabe genügend begründet sei. Das sei hier der Fall. Er hätte denn auch gewünscht, der Herr Berichterstatter hätte die sehr eingehende Begründung verlesen, oder Herr Pfeiffer hätte sie allen Stadtv.ordenen zugelesen. Die Forderung der städtischen Arbeiter, zum mindesten 10 Pf. die Stunde mehr zu erhalten, sei ohne weiteres durch die Lebensmittelpreissteigerung begründet. Er habe nur fünf Posten des alltäglichen Bedarfs, wie Brot, Fleisch, Butter, Margarine, Holz und Kohlen zusammengestellt, wobei sich ergebe, daß ein Quantum, das vor dem Krieg mit 4,82 Mk. bezahlt wurde, heute 10,78 Mk. koste. Andere Lebensmittel seien, wie bekannt, um das Vierfache und darüber gestiegen. Ganz besonders gelte das auch von der Bekleidung. Ganz besonders Arbeiter, die im Freien arbeiten, benötigten an Schutzbekleidung und Bekleidung weit mehr wie alle anderen Arbeiter. Der Standpunkt, es sei mit 3 Pf. Zulage, was bei 60stündiger Arbeitszeit 1,80 Mk. ausmache, ein Mehr, das allein am Pfund Zwiebeln drauf gehe, Genüge geüben, sei ganz unverständlich. Wenn immer wieder auf die Rücksicht gegenüber der Allgemeinheit hingewiesen werde, so sei zu wundern, daß diese Rücksicht auch dort immer obwaltet, wo es sich um weit größere, völlig unproduktive Ausgaben der Stadt handelt. Hier sei man aber nur zu oft weit weniger bedenklich gewesen. Stadtv. Lehmann: Die Betriebsleiter hätten ihm erklärt, die 3 Pf. Erhöhung sei sehr dankbar aufgenommen worden. Gewiß, es seien Arbeiter beschäftigt, die den Lohn von 32 Pf. die Woche nicht erhalten. Aber es möchte wie überall, so auch hier, der Grundhaft obwalten, den Lohn nach den Leistungen des einzelnen zu bemessen. Dies zeigte sich aber oft bedenkliche Erhebungen. Bei einem Gasbruch, zum Beispiel, hätten die Arbeiter die Stadt im Stade gelassen. Wenn Rot am Rande sei, müssen auch einmal einige Stunden länger gearbeitet werden. Der Rat könne nicht glauben, daß sich fremde Personen in das Arbeitsverhältnis einmischen. Wir brauchen solche fremde Herren nicht. Wenn die Arbeiter Wünsche vorzutragen haben, mögen sie selber kommen, dann werden ihre Wünsche wohlwollend geprüft werden. Eines Momentons über diese Vorgänge bedarf es nicht, es sei denn die Mahnung an alle Freiburger Kollegen, sich unverzüglich dem Verbands anzuschließen.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. In der Generalversammlung der Filiale erhaltete zunächst der Kassierer Hoffmann den Massenbericht über das 1. Quartal 1917. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 37.428 Mk., die der Lokalkasse 19.200 Mk. An Unterstützungen sind zu Lasten der Hauptkasse 2570 Mk. für Sterbeunterstützung, 6291,50 Mk. für Krankenunterstützung und 66,50 Mk. für Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden. Aus der Lokalkasse sind für Unterstützungen insgesamt 2760,35 Mk. verausgabt worden. Die Gesamtausgaben der Lokalkasse betragen 15.435,06 Mk. Der Massenbericht betrug am Schluß des Quartals 51.496,82 Mk. Den Geschäftsbericht erhaltete der Bevollmächtigte Müntner. Als abgeschlossen ist die Bewegung um Erhöhung der Kriegslohnzulagen in den händischen Gaswerken zu betrachten. Die mit der Direktion der Gaswerke getroffene Vereinbarung habe beim Aufsichtsrat Zustimmung gefunden, was die bestimmte Schlussfolgerung zulasse, daß auch der Magistrat dem beitreten werde. Ab 1. Januar d. J. sollen den Arbeitern 10 Pf. und ab 1. März weitere 5 Pf. pro Stunde als Zulage gewährt werden. In den Wasserwerken, der Kanalisation und den Krankenhausern sind die Bewegungen gleichfalls zum Abschluß gebracht. In der Straßenbahn, den händischen Elektrizitätswerken, der Parkverwaltung und den Markthallen sind weitere Forderungen um Erhöhung der Kriegslohnzulagen gestellt. Dasselbe gilt von den Vororten. In Charlottenburg ist die Bewegung durch das Zugeständnis des Magistrats, wonach ab 1. Januar d. J. eine Erhöhung von 15 Pf. pro Stunde stattgefunden, abgeschlossen. Schönberg, Neustadt stehen in der Bewegung. Trotz der öffentlichen Erklärung des Magistrats, welche die Organisation der Arbeiter als deren Vertretung anerkennt, fällt es der Direktion der händischen Elektrizitätswerke schwer, sich danach zu richten. Bei den zuständigen Magistratsstellen ist gegen die Auffassung der Direktion Einspruch erhoben und es steht zu erwarten, daß auch diese händische Betriebsleitung zu einer anderen Stellungnahme gegen unsere Organisation sich bequemen wird. Mit dem 1. April beginnt der neuerrichtete Arbeitsnachweis für händische Arbeiter seine Wirksamkeit. Der überwachende Ausschuß setzt sich aus 7 Vertretern des Magistrats und 7 Vertretern der händischen Arbeiter zusammen, die Organisationen erhalten darin zwei Vertreter, einen für die freien Gewerkschaften und einen der Bezirk führenden Richtung. Müntner erläuterte dann noch die Auslegung der Gesetzesbestimmungen über die Verteuerung der Feuerungs- bzw. Kriegslohnzulagen. Nach verschiedenen Urteilen sind die Feuerungs- und Kriegslohnzulagen bei händischen Arbeitern steuerfrei. In einigen händischen Betrieben sei bei der Veranlagung zur Steuer bereits danach verfahren worden. Die Neuwahl der Krisenverwaltung fand durch Wiederwahl der alten Funktionäre ihre Erledigung. An der Abstimmung über die Beitragserhöhung beteiligten sich von 6718 Mitgliedern 4300 = 67,1 Proz. Für die Beitragserhöhung stimmten 3570 Mitglieder = 82,1 Proz., dagegen nur 764 oder 17,6 Proz. Das Resultat der Abstimmung ist ein überaus erfreuliches; die Mitglieder haben damit ihren Willen, die Organisation finanziell zu stärken, um für die kommenden Wirtschaftskämpfe finanziell gerüstet zu sein, in wirkungsvollster Weise bekundet.

Dortmund. Welchen Wert die Arbeiterausschüsse haben, scheint den Arbeiterausschüßmitgliedern des händischen Elektrizitätswerkes mit dem Herrn Direktor dieses Werkes nach völlig unbekannt zu sein. In ungeschicklichen Betriebsbesprechungen wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, eine Lohnerhöhung von pro Tag 1,50 Mk. für alle auf dem Werk beschäftigten Frauen und Männer unter Weiterzahlung der bestehenden Feuerungszulagen bei der Direktion zu beantragen. Bei der Sitzung sollte der Gauleiter unseres Verbandes mit zugegen sein. Gleichzeitig wurde in demselben Sinne für alle händischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen eine gleiche Forderung dem Herrn Oberbürgermeister unter idiosche Erledigung unterbreitet. Einzelne Abteilungen hatten es vorgezogen, durch Unterschriften aller ihnen angehörenden Arbeiter den Magistrat um Lohnerhöhung auf Grund der enormen Feuerungsverhältnisse zu bitten. Wie es aber von alters her Gebrauch der Dortmunder Stadtverwaltung ist, ist unsere Eingabe bis zum heutigen Tage unbeantwortet geblieben. Wären die händischen Arbeiter alle organisiert, so könnten diese in Protokollversammlungen ihren Anwalt gegen die Stadtverwaltung zum Ausdruck bringen, so aber schlafen die händischen Arbeiter Dortmund den Schlaf des Gerechten, und die Lage, in der die Arbeiter sich befinden, muß doch für diese trotz der kümmerlichen Löhne eine noch recht gute sein. Da wir nun annehmen, daß unsere Eingabe in den Papierkorb gewandert ist, hat sich doch in einem Falle die Direktion des händischen Elektrizitätswerkes auf den Antrag des Arbeiterausschusses bereitgefunden, über die Forderung zu verhandeln. Es wurde jedoch von seiten des Herrn Direktors Döple verlangt, daß der Verbandsvertreter abwesend sein müßte. Nachdem der Arbeiterausschuß dieses Verlangen der Filialleitung unterbreitet hatte, wurde man sich darin einig, demnächst zu kommen, jedoch wurden die Ausschüßmitglieder von der Filialleitung auf das dringendste ermahnt, sich nicht von den Forderungen abbringen zu lassen, sondern diese voll und ganz zu vertreten, was zu tun die Ausschüßmitglieder versprochen. Der Tag der Sitzung kam heran, nachdem der Ausschuß eigenmächtig den

Antrag über 14 Tage verzögert hatte. Eine ziemlich lange Zeit wurde auf dem Werk verhandelt, das Ergebnis jedoch blieb im allgemeinen geheim, nicht einmal die Verbandsleitung wurde davon benachrichtigt. Als darauf der Filialleiter in der Wohnung eines Ausschüßmitgliedes erschien und nach dem Ergebnis der Sitzung fragte, wurde diesem einiges mitgeteilt; aber auch nicht alles bekam er zu wissen, da das Ausschüßmitglied sehr anständig war und die Schuld an dem Mißlingen teils dem Arbeiterausschuß selbst, die Hauptsache aber dem Verband in die Schuhe schob. Dieses Mitglied mußte wegen zu vieler rüchständigen Beiträge aus dem Verband gestrichen werden. Während der Sitzung fragte der Herr Direktor, wer den Ausschuß beauftragt habe, diese Forderung zu stellen, worauf der Herr Direktor die Antwort erhielt, alle Arbeiter in der Versammlung. Der Direktor sagte darauf, es hat keiner etwas in der Versammlung zu suchen, der Arbeiterausschuß hat die Interessen des Werkes und nicht die des Verbandes zu vertreten, der Verband sollt auch bloß das Geld aus der Tasche. Auch äußerte sich der Herr Direktor Döple, daß er einen Arbeiterausschuß nach seinem Belieben wählen lassen würde, falls es nicht anders würde. Auf Befragen des Herrn Döple, wer denn in der Versammlung war, sagten alle, wir alle, nur aus dem Munde des Herrn Möiters kamen die Worte: Herr Direktor, ich war noch in keiner Versammlung anwesend. Die Unzufriedenheit über dieses Ausschüßmitglied ist bei den Arbeitern der Abteilung, von der er gewählt ist, sehr groß, und es erweist sich rasch, wenn eine Ersatzwahl für das Arbeiterausschußmitglied stattfindet, wie der gesamte Ausschuß neu gewählt werden muß, wenn die Ausschüßmitglieder das Vertrauen ihrer Arbeitskameraden mißbrauchen, nicht mehr genießen. Der Herr Direktor erwartet dann auch die Forderung des Ausschusses und teilte mit: Ihr bekommt jetzt eine erhöhte Feuerungszulage, rückwirkend vom 1. Juli 1917, außerdem erhaltet Ihr die Stunden, die über 236 im Monat hinaus gearbeitet werden, extra bezahlt. Dieses alles wurde dem Filialleiter von dem Ausschüßmitglied mitgeteilt. Daß bei der Sitzung noch andere Worte fielen, und in welcher Tonart, kann man sich schon lebhaft denken, ebenfalls den Empfang des Ausschusses durch den Herrn Direktor. Der Herr Direktor sei darauf aufmerksam gemacht, daß es gar nicht in seinen Kräften steht, er auch darüber nicht zu verfügen hat, einen Arbeiterausschuß zugunsten des Werkes zusammenstellen zu lassen, das bestimmen die Arbeiter des Werkes ganz alleine. Um nun das Ergebnis der Sitzung der Arbeiterschaft bekanntzugeben, drängte die Filialleitung darauf, eine Betriebsbesprechung durch den Arbeiterausschuß einberufen zu lassen. Das betreffende Ausschüßmitglied erklärte darauf, daß es dem Ausschuß verboten sei, Versammlungen einzuberufen oder solche zu besuchen; selbst in der Arbeiterausschußsitzung, die von der Filialleitung unseres Verbandes einberufen war, hatte sich kein Ausschüßmitglied eingefunden. In der darauf abgehaltenen Betriebsbesprechung, die seitens der Filiale fälsch abgehalten wurde, erwiderten die Arbeiter nicht, was wohl einen besonderen Grund haben muß. So vertreten die Arbeiterausschußmitglieder die Interessen ihrer Arbeitskollegen und Kolleginnen. Stolz kann die Direktion des händischen Elektrizitätswerkes sein; denn nur ein solcher Arbeiterausschuß ist angehen bei der Direktion, der sich voll und ganz den Anordnungen der Direktion unterwirft, sich mit allem zufrieden erklärt und als Dank für das geringe Entgeltkommen des Herrn Direktors das Protokoll durch seine Unterschrift beglaubigt, ohne erst die Äußerungen seiner Arbeitskollegen abzuwarten. Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber rufen wir zu, besser auf der Hut zu sein, endlich den Schlafrock auszugeben und für sofortige Neuwahl des Arbeiterausschusses zu sorgen; denn solche Kollegen, die so das Vertrauen ihrer Kameraden mißbrauchen, sind nicht wert, daß sie länger diesen Vertrauensposten inne haben. Auch sonst mangelt es noch an vielem im Elektrizitätswerk. Es wird beauftragt, diese und jene Ware bestellt werden, die Arbeiter bestellen auch, aber auf die Ware warten sie heute noch. Man könnte noch Material in Hülle und Fülle vorbringen; denn als Mutterbetrieb, was doch Staats- und Gemeindebetriebe sein sollen, steht das Elektrizitätswerk noch weit zurück. Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber rufen wir, sich alle dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen; denn nur von diesem werden die Interessen der Arbeitskollegen nach allen Kräften unterstützt und vertreten, darum werde Mitglied unseres Verbandes, der Stadtverwaltung zum Trost.

Güstrow. Im September 1917 wurde seitens der Gauleitung ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, in dem für alle Arbeiter eine Zulage von 1 Mk. pro Tag und Gleichstellung der Sommerlöhne und Winterlöhne gefordert wurde. Nach langer Beratung ist nun am 3. Januar 1918 die Sache zum Abschluß gekommen. Statt den Arbeitern die notwendig gebrauchte Zulage von 1 Mk. pro Tag zu bewilligen, ist nun beschlossen, 30 Pf. pro Tag zu zahlen. Weiter soll eine einmalige Feuerungszulage von 30 Mk. und eine erweiterte Minderzulage von 50 Pf. pro Woche gezahlt werden. Die Winterlöhne betragen jetzt 43 Pf. die Stunde. Da nun jetzt in der Winterzeit eine achttündige Arbeitszeit besteht, haben die Arbeiter einen Wochenverdienst von 20,60 Mk. Wenn von diesem Verdienst noch die Versicherungsbeiträge abgehen, verbleiben rund 20 Mk. die Woche. Wenn doch ein Mitglied des Magistrats es den Arbeitern einmal vormachen wollte, wie unter den jetzigen Verhältnissen eine Familie mit 20 Mk. die Woche wirtschaften kann; wir glauben

sicher, dem Wunsch der Arbeiter, den Lohn auf 5 Mk. zu erhöhen, würde alsdann stattgeben. Die Arbeiter werden nach diesem Beschluß des Magistrats den Weg zum Rathaus bald wieder einschlagen müssen.

Heilbronn. Am 13. Januar fand unsere aufbesuchte Generalversammlung statt. Der Jahres- und Kassenbericht läßt auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken. Gut abgezeichnet haben wir in diesem Jahre mit unseren Lohnverbesserungen und Teuerungszulagen, die aber immer noch kein Ausgleich für die teuren Lebensverhältnisse sind. Der Kassenbericht hatte leider in diesem Jahre durch die außergewöhnlich hohe Krankheits- und Totenziffer eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Gesamteinnahmen (inkl. Kassenbestand vom 1. Januar 1917 mit 1445,96 Mk.) 5107,85 Mk., Gesamtausgaben 3707,14 Mk., bleibt Kassenbestand am 1. Januar 1918: 1400,71 Mk. Tagelohn hatte der Mitgliederstand eine kleine Zunahme aufzuweisen. Mitgliederstand am 1. Januar 1917: 102 männliche und 9 weibliche, neu eingetretene 18 männliche und 1 weibliche, mit Tod abgegangen 6 männliche; Mitgliederstand am 1. Januar 1918: 112 männliche und 10 weibliche Mitglieder. Bei den Neuwahlen wurden die alten Vorstands- und Aufsichtungsmitglieder, sowie die Kartelldelegierten und Unterkassierer per Akklamation einstimmig wiedergewählt: Vorsitzender: Wolf, Kassierer: Bauer, Schriftführer: Schmid, Weißer: Weilmann, Schimmel, Häberle und Köll; Kartelldelegierte: Wolf, Köll und Schmid, Unterkassierer: War und Stephan. Zum Schluß bedauerte Kassierer Bauer noch die Mißachtung des Beschlusses der letzten Generalversammlung über die Krankmeldung. Es wurde erneut der verschärfte Beschluß gefaßt, daß, wer sich künftig nicht innerhalb drei Tagen krank meldet, Krankengeld erst vom Tage der Krankmeldung an erhält. Schluß der gut verlaufenen Versammlung um 1 1/2 Uhr.

Königsberg. Am 13. Oktober 1918 tagte eine aufbesuchte Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Pisch in üblicher Weise. Sodann gab Kollege Schwarz den Geschäftsbericht. Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Kollege Zimmermann. Die Einnahmen inkl. Kassenbestand betragen 4037,19 Mk., die Ausgaben der Filiale 515,91 Mk. Im Auftrage der Hauptkasse wurden 272 Mk. Krankenunterstützung und 30,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. An den Verbandsvorstand sind zu senden in Leistungen 92,25 Mk., in bar 133,35 Mk., zusammen 165,60 Mk. Im Laufe des Quartals sind eingetreten 34 männliche und 9 weibliche Mitglieder, ausgeschieden sind 2 Mitglieder. Der Mitgliederbestand beträgt 356 zählende Mitglieder, 554 sind im Felde. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Filialvorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender E. Schwarz, 2. A. Schallies, 1. Kassierer Frau Zimmermann, 2. Fr. Schäfer, 1. Schriftführer G. Galer, 2. E. Schneider, als Beisitzer die Kollegen Jachokki, Vembened, Regge, Meid und Jungbahn, als Revisoren G. Schröder, Fr. Düml und P. Reich. Kollege Steinberg referierte dann über: „Die Aufgaben des Verbandes nach dem Kriege“. Medner führte an, wie hoch die Ausgaben der Hauptkasse während des Krieges gewesen, und daß man nur noch größeren Ausgaben nach dem Kriege zu rechnen hat, weil Strafbest und Arbeitslosigkeit größer sein werden als jetzt. Damit wir stark und gerüstet dastehen, ist es unbedingt notwendig, dafür zu sorgen, daß unsere Kasse gestärkt wird. Medner spricht dann zur Urabstimmung und gibt bekannt, daß einige andere Verbände ebenfalls für die Erhöhung der Beiträge geneigt haben. Die Urabstimmung ergab für Vorschlag I 71, für Vorschlag II 8 Stimmen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurde die Versammlung geschlossen.

München. Die am 20. Januar abgehaltene Jahres Generalversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Verhandlungen widmete Kollege Weiz den im vergangenen Jahr verstorbenen 44 Mitgliedern, darunter 9 Kriegsteilnehmer, einen ehrenden Nachruf. Bekanntgegeben wurde sodann ein Antwortschreiben der Städtischen Straßenbahn auf Grund einer Eingabe unseres Verbandes, das Resultat der Urabstimmung über die Beitragserhöhung ab 1. April d. J. und die Vortragsfolge für die Vorträge von Herrn Dr. Rothhoff. Den Kassenbericht für das Jahr 1917 erstattete hierauf Kollege Pöhl. Die Jahreseinnahmen betragen 80833,00 Mk., denen an Jahresausgaben 69108,52 Mk. gegenüberstehen, so daß ein reiner Vorkassienbestand von 20725,38 Mk. verbleibt; an Unterstützungen wurden insgesamt 22604,15 Mk. ausgezahlt. Die Mitgliederzahl hat um 594 zugenommen; einschließlich der im Kriegsdienst stehenden Kollegen zählt die Filiale 3234 Mitglieder. Es ist dies der höchste Mitgliederstand, den die Filiale seit ihrem Bestehen aufzuweisen hat. Der Rechenschaftsbericht und derjenige der Revisionen wurde ohne Debatte beifällig zur Kenntnis genommen. Den Bericht des Vorstandes gab Kollege Weiz. Medner behandelte zunächst die Teuerungs- und Kriegszulagen der städtischen Arbeiter und berichtete hierauf über die Einzelerfolge. An Lohnverbesserungen haben erhalten: die Fernschaffungsarbeiter täglich 1 Mk., die Feldwegarbeiter 40 und 30 Pf., die Gasmeßwerkzeuge 20 bis 60 Pf., das Volkshauspersonal 1 Mk., desgleichen das Personal in den Suppenanstalten; die Militärarbeiter Teuerungszulagen von 30 Pf. bis 1,50 Mk., das technische Personal der

Agel. Hoftheater 25 bis 80 Pf., die Stadtarbeiter in Rating 60 Pf., die Schulhausputzfrauen 5 Pf. pro Stunde, im Jungpolitz bis zu 7 Mk. im Monat, im Gärtnertheater und Schauspielhaus 20 Mk. im Monat, im Volkstheater 10 Mk.; zu diesen Verbesserungen kommen noch die Einkommensverbesserungen bei den Staatsarbeitern. An Ausnahme der Staatsarbeiter berechnen sich die finanziellen Erfolge im Laufe des Jahres 1917 auf 4 514 521 Mk. In diesen Erfolgen allein spiegelt sich die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Außer den Lohnerfolgen waren an Verbesserungen zu verzeichnen: die Bezahlung der halben Wochenfeiertage für das Putzpersonal im städtischen Verwaltungsbau, die Gewährung von Jahresurlaub an die Gasmeßwerkzeuge und das Volkshauspersonal usw. Wichtige Arbeit leistete der Verband sodann auch zur Verhütung der Arbeiterentlassungen beim Stadtbauamt im März v. J. sowie bei der Steuerfestsetzung der städtischen Arbeiter durch Erholung eines Bescheides, der auch den Betrieben als Nichtschmar zugewandt ist. Beachtenswert ist auch der Stand der Tarifbewegungen; zu den drei vorhandenen Tarifen konnten im Jahre 1917 noch 2 weitere abgeschlossen werden, so daß zurzeit 5 Tarifverträge mit unserer Filiale bestehen. Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse war da, wo die Organisation mit denselben in Fühlung stand, eine gute; neu erstanden ist der Arbeiterausschuß für die Postarbeiter im Quellengebiet, der sich ausschließlich aus Mitgliedern unseres Verbandes zusammensetzt. Umfangreich waren auch die Arbeiten für die Angehörigen unserer Kriegserfolger; die Zahl der Schriftsätze und Vorstellungen zwecks Vorfeststellung ist gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegen. Der Bericht wurde sachlich diskutiert und von der Versammlung gutgeheißen. Ein Antrag, die Teuerungszulage der Angehörigen um 50 Pf. zu erhöhen, wurde nach kurzer Diskussion einstimmig zum Beschluß erhoben. In der hierauf stattgefundenen Wahl des Ausschusses wurden die bisherigen Mitglieder mit einer einzigen Ausnahme wiedergewählt. Heber die an den Magistrat eingeworfenen Anträge sprach nun Kollege Weiz. Medner begründete die bereits vom Filialvorstand beratene Vorlage, die auch von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die Anträge selbst lauten: Anerkennung der Organisation; Gewährung von einmaligen Teuerungszulagen an alle bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in der gleichen Höhe, wie sie den städtischen Beamten gezahlt worden sind; Anpassung der laufenden Teuerungszulagen und der Aushilfsgehältern an die jüngsten Beschlüsse für die städtischen Beamten; Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden; Arbeitslohn an den Samstagen um 2 Uhr; Lohnauszahlung an den Feiertagen während der Arbeitszeit; Bezahlung der vollen Wochenfeiertage; Gewährung eines Jahresurlaubes von 7 Tagen bei einer Dienzeit von 1 bis zu 6 Jahren und von 14 Tagen bei mehr als 7 Dienstjahren; Erhöhung der Grundrente aus dem Versorgungsfonds von 25 auf 50 Proz. unter Beibehaltung der gleichen Arbeitszeit und Beitragsumlage wie bei den städtischen Beamten; sachgemäße Anwendung dieser Änderungen auf die Hinterbliebenen städtischer Arbeiter.

Müntrigen. Am 11. Januar hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Filiale ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Unsere Mitgliederzahl ist seitigen von 121 auf 300 und wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren, werden wir sicher eine Mitgliederzahl von 500 erreicht haben. Die städtischen Arbeiter von Müntrigen hatten zu Anfang des vorigen Jahres ihrer Tarif gekündigt, sie glaubten auf das Wohlwollen unserer Stadtväter rechnen zu können. Aber der Magistrat lehnte es direkt ab, einen Tarif mit uns abzuschließen. Auf unsere Eingabe, die wir eingereicht hatten, hielt es der Magistrat nicht für nötig, uns eine Antwort zukommen zu lassen. Nachdem wir ganz energisch vorstellig geworden waren, wurde uns mitgeteilt, daß unsere Angelegenheit in der nächsten Sitzung zur Erledigung käme. So dem haben aber verschiedene Sitzungen stattgefunden, aber über unsere Eingabe wurde nicht verhandelt. Nach nochmaligem Vorstellwerden ist sie dann zur Erledigung gekommen. Der Bürgermeister teilte in der betr. Sitzung mit, daß es der Magistrat in seiner Gesamtheit ablehne, einen Tarif mit uns abzuschließen, Müntzigen sei überhaupt die einzige Stadt in ganz Deutschland, die einen Tarif mit den Arbeitern abgeschlossen habe, außerdem zahlte Müntrigen die höchsten Löhne. Dies zu widerlegen war uns sehr leicht. Wir konnten nachweisen, daß eine große Anzahl Städte Tarife mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossen haben und auch höhere Löhne zahlen. Nachdem der Bürgermeister uns nochmals erklärte, in der jetzigen Zeit keinen Tarif mit uns abzuschließen, uns aber entgegenkommen und eine Teuerungszulage bewilligen wolle, haben die städtischen Arbeiter hierzu Stellung genommen und beschlossen, sich vorläufig mit einer Teuerungszulage zu freuden zu geben, behielten sich aber vor, gleich nach Schluß des Krieges auf Grund unseres Tarifvertrages einen neuen Tarif abzuschließen. Wie ist die Teuerungszulage nun ausgefallen? Ledig bekommen 420 Mk.; Verheiratete ohne Kinder 540 Mk., mit einem Kind 720 Mk., mit zwei Kindern 912 Mk., mit drei Kindern 1116 Mk., mit vier Kindern 1332 Mk., mit fünf Kindern 1560 Mk., mit sechs Kindern 1800 Mk. Heberkumden werden mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Nachdem aber die Teuerung immer weiter um

1. Wf. is zu K. im nmen Mu i Er bieten wech- reiten: al im rlaab Wid- r Ar- ei der 3. We- i Dre- e ab- stiale e Cr- anden- r, der nmen- brigen ungen tiegen. A gut- n um i zum Aus- Aus- tenden ie be- Ber- sbrung eckar- den fenden schüsse i die n Sam- d der fbrung 1 bis 1; Cr- 25 auf Steiz- ndung beiter. Generaf- gab stiale berzöhl e dem on 500 en auf en der ehen. gnat adidem s mit- a zur i hatt- Nach mmen. r Ma- abzu- eutlich- gerdem ur uns Städte d auch schms fischer. ligen mmen ne zu- sch des f ch- ledige einem ndern: O Wf., Proz. er um

sich trifft, kamen die städtischen Arbeiter durch die Organisation erneut um eine Feuerungszulage ein und stellten die Forderung auf, monatlich 50 Mk. oder 500 Mk. sofort zahlbar. Der Magistrat hat 10 Mk. monatlich bewilligt. Mit dieser Zulage nicht zufrieden, wurde durch die Organisation eine nochmalige Feuerungszulage gefordert. Wir haben erreicht, daß eine nochmalige Feuerungszulage gezahlt wurde, und zwar für Ledige 150 Mk., für Verheiratete 200 Mk. und für jedes Kind 20 Mk. Wie sehen nun die Organisationsverhältnisse in den städtischen Betrieben von Rüstingen aus? Zu Anfang des Krieges wurden die Kollegen unserer Organisation dort eingezogen, andere traten an ihre Stelle, Kollegen anderer Gewerkschaften. So kommt es, daß in den städtischen Betrieben alle Gewerkschaften vertreten sind. Jede Organisation stellt nun Anträge an die Stadt, jede Organisation will aber auch Mitglieder gewinnen. Es werden aber auch von einzelnen Kollegen dort Anträge gestellt. Wie nun alle diese Anträge von der Stadtverwaltung bewertet werden? Sie wandern einfach in den Papierkorb! Wenn die Stadtverwaltung sieht, daß die Arbeiter sich derartig uneinig sind, dann hat sie auch keine Veranlassung, irgendeine Forderung zu bewilligen. Nach dem Kriege muß ja selbstverständlich der Beschluß fallen, wonach Ueberschreibungen von einer Organisation zur anderen nicht stattfinden sollen. Die Arbeiter in den städtischen Betrieben müssen einsehen, daß nur durch eine einheitliche Organisation ihre Interessen vertreten werden können, und dies ist der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. — Anders liegen die Verhältnisse auf den hiesigen Gaswerken. Dort gehören die Arbeiter alle unserer Organisation an. In dem neuen Tarif, den wir dort abgeschlossen haben, sind Löhne bis zu 9 Mk. vorgegeben, auch sind dort sonst wesentliche Vorteile für die Arbeiter errungen worden. Auch für die Arbeiter in den Marinebetrieben und auf Veranlassung der Organisation Vorteile erzielt worden. Auf dem Artilleriedepot wird ein 50proz. Lohnaufschlag gezahlt. — Die Abrechnung ergab ein ganz erfreuliches Bild. Die Mitgliederzahl ist erheblich gestiegen, die Massenverhältnisse sind ebenfalls gut. In den Vorstand wurden gewählt: Amt, 1. Vorsitzender, Vuller, 2. Vorsitzender, Grimmitz, Kassierer, Hartmad, Schriftführer, Janssen, Ludwig und Schmidt als Beisitzer. Das Resultat der Abstimmung ergab einstimmige Annahme des 1. Vorschlages, Erhöhung der Beiträge. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde für den Bezirk Doppens ein neuer Unterfaher gewählt. Mit einem Mahnwort, auch den neuen Vorstand zu unterstützen und treu zur Organisation zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

♦ **Volksvversicherung** ♦

Die Volksvfürsorge am Jahresstluß. Im Monat Dezember 1917 sind im ganzen 4029 neue Anträge eingebracht worden, so daß die Zahl der neu gestellten Anträge im ganzen Jahre 1917 auf 38 662 stieg, gegen 23 491 im Jahre 1916 und 10 569 im Jahre 1915. Bei der Volksvfürsorge Kriegsversicherungskasse waren am 31. Dezember 1917 58 869 Kriegsteilnehmer mit genau 90 000 Anteilen versichert, wofür 450 000 Mk. eingezahlt waren, die nach Abrechnung für Verteilung unter die Hinterbliebenen der gefallenen versicherten Kriegsteilnehmer zur Verfügung stehen.

♦ **Rundschau** ♦

Sie säen nicht und ernten doch! Der „Vorwärts“ schreibt: Obwohl die deutsche Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre von einer erfreulichen Zunahme ihrer kämpferisch berichten konnte, gibt es leider noch viele Hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich ihrer Pflicht zum Beitritt ihrer Berufsorganisation entziehen. Die Mehrzahl unter ihnen wissen es wohl, wenn sie es verstanden haben, daß ihre Löhne und Feuerungszulagen mit den immer höher gestiegenen Lebensmittelpreisen eine ständige Erhöhung gefunden haben. Es ist ihnen bekannt, daß sie in den Genuß des erhöhten Verdienstes nur durch die reger und aufopferungsvolle Tätigkeit ihrer organisierten Berufsgenossen und deren Funktionäre gekommen sind. Gleichwohl scheuen jene der Organisation fernstehenden sich, auch ihrerseits die Pflichten eines wahren Mitglieds gegenüber ihren Berufs- und Massen-genossen zu erfüllen. Daß sie in ihrer ablässlichen, nur aus egoistischen Motiven entsprungenen Taktlosigkeit Verrat an ihren Mitmenschen üben, daß sie durch ihr Abseitsgehen den Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren und seine Erfolge verlangsamten helfen, ist ihnen vielen, die nicht faul, aber doch gern ernten, nicht immer klar zum Bewußtsein zu kommen. Um wie vieles könnte die Gewerkschaftsbewegung mächtiger sein, wenn sich alle die der Organisation Fernstehenden an ihre Pflichten erinnerten. Und ahnen jene abseits Neben- und obern Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung auf Grund der dann eintretenden idwvanten Beschäftigungslage vor große, heute noch gar nicht zu über-

sehende Aufgaben gestellt werden kann? Viele mögen vielleicht die Ansicht haben, erst dann, wenn nach Beendigung des Krieges die Arbeitsbedingungen die ungünstigsten sind, der Organisation beizutreten. Die so kalkulieren, sind schlechte Redner. Will und soll die Gewerkschaftsbewegung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus dem späteren, langsamer Erholung bedürftigen Wirtschaftslieben ergeben, Herr werden, so bedarf diese schon heute der materielle und ideellen Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur dann können die einzelnen Berufsorganisationen ihren großen Aufgabekreis erfüllen und — was die Hauptsache ist — ihre Berufsausgehörigen vor aller sich aus der Ungunst der Arbeitslage erwachsenden Unbill und des zu erwartenden Lohn drucks schützen. Und diejenigen, die gewissermaßen zu den absichtlich parasitären Genießern der organisatorischen Früchte gehören, mögen sich gelagert sein lassen, daß ihre Beginnen ebenso verwerflich wie verabschiedungswürdig ist. Wer in Ruhe und Gemächlichkeit Früchte genießt, die er anstatt seiner eigenen fremder Anstrengung verdankt, führt ein würdeloses Leben. Wer die Früchte seiner organisierten, auf die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen drängenden Berufskollegen erntet und bisher noch nichts zu ihrer Unterstützung getan hat, der komme daher dieser Pflicht nach. Im Interesse der Dahingeliebenen wie der später wieder zu uns Zurückkehrenden laute die Parole für jeden einzelnen: Hinein in die Gewerkschaftsorganisation!

Erhöhung der „Ortslöhne“. Zu einem großen Uebelstand hat sich die Tatsache ausgewachsen, daß die jetzt noch gültigen „ortsüblichen Tagelöhne“, die in Friedenszeiten bereits festgelegt wurden, von den wirklichen Verhältnissen längst überholt sind. Da diese von den Behörden festzueckender „Ortslöhne“ für die Durchführung der sozialen Versicherung und viele andere arbeiterangelegenheiten von großer Bedeutung sind, schädigen die viel zu geringen Anlässe die arbeitende Bevölkerung schwer. Durch mehrere Bundesratsverordnungen ist ausgesprochen worden, daß die in § 151 der Reichsversicherungsordnung vorgezeichnete, regelmäßige, längst fällige allgemeine Neuzeitsetzung erst nach dem Kriege stattfinden soll. Gegen diese Anordnung ist von verschiedenen Körperschaften, so auch von der Generalkommission der freien Gewerkschaften, schon Stellung genommen und petitioniert worden. Kürzlich haben nun auch, wie jetzt bekannt wird, die preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft einen Erlaß an die Oberversicherungsämter gerichtet, in dem die Auffassung als unrichtig hingestellt wird, daß jetzt Neuzeitsetzungen von Ortslöhnen unzulässig seien. Die Bundesratsverordnungen wollten nur, daß allgemeine Zeitsetzungen von Ortslöhnen gleichzeitig im ganzen Reich unterbleiben sollten. Untereuhrt davon bleiben Zwischenzeitsetzungen in einzelnen Bezirken und Orten. Es bewünden deshalb keine Bedenken gegen einzelne Erhöhungen in Aussicht auf die gegenwärtige Feuerung. „Tabei ist indessen zu beachten“, so heißt es weiter, „daß vielfach ein dringendes Bedürfnis für eine Neuänderung der Ortslöhne namentlich für solche Bezirke nicht vorliegen wird, in denen es sich in der Hauptsache um eine landwirtschaftliche Bevölkerung handelt, die von der Feuerung nicht in dem Maße getroffen wird, wie die städtische. Ferner ist es wichtig, daß es sich bei Änderung des Ortslohnes nicht nur um die Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger, sondern auch um die der Beiträge handelt. Mit Rücksicht darauf, daß ein späteres Berabgehen auf niedrigere Sätze in der Friedenszeit mit Schwierigkeiten verknüpft sein wird, erscheint bei etwaigen neuen Maßnahmen auf diesem Gebiete eine besondere Zurückhaltung geboten. Auch ist zu berücksichtigen, daß es für die gegenwärtig außerordentlich belasteten Behörden unerwünscht sein wird, wenn sich die Abänderungsanträge sehr häufen.“ Hierzu ist zu bemerken, daß in den landwirtschaftlichen Gegenden schon in der letzten Friedenszeit die Ortslöhne ganz besonders unzulänglich waren und schon seinerzeit den tatsächlichen Verhältnissen nicht entfernt entsprachen. Im übrigen liegen die Dinge so klar, daß umfangreiche Prüfungen der Frage durch die Behörden wirklich nicht nötig sind. Es dürfte sich deshalb im Gegenjatz zu den Wünschen der Minister empfehlen, den Anträgen auf zeitentsprechende Erhöhung der Ortslöhne umfangreichen Gebrauch zu machen. Die Anträge, die von Krankenkassen, Gewerkschaftskassen usw. ausgehen können, sind an die jeweils zuständigen Oberversicherungsämter zu richten.

Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 5. Januar 1918 über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt. Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenteile bezieht, also auf der Post eine Rentenansammlung mit dem Buchstaben I (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Zulage mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenteile erhalten keine Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Stelle, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausgezahlt.

Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Rentenquittung erteilt, erhalten kann. Auch die Konatskalt wird Quittungsmuster bereitstellen. Die Verlautbarung der von dem vorerwähnten Empfänger ausgefüllten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Ausdrückung eines öffentlichen Siegels. Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt. Die Zulage wird nur für volle Monate gewährt. Beginn zum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst mit dem 1. Mai 1918. Für dagegen ein berechtigter Rentenermpfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgezahlt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage. Vorsichtig ist die Zahlung von Zulagen nur für die erst Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Waisenrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden. Für die Empfänger einer Invaliden-, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenrentenermpfänger beschränkt ist, wird demnächst ein ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

Ländliche Erzeuger- und städtische Verbraucherorganisationen.
Seit Jahren ist es das Verlangen der Konsumvereine und ihrer Zentralorganisation, der Großkaufgesellschaft, eine regelmäßige, dauernde Verbindung herzustellen mit den landwirtschaftlichen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. Diese Bemühungen hatten aber nur geringen Erfolg, weil in ländlichen Kreisen gewisse Vorurteile bestanden und auch eine gewisse Abneigung gegen die als sozialdemokratisch verbrannten Genossenschaften vorhanden war. Der Arca hat auch in dieser Beziehung seinen Einfluß auszuüben. Die Ansicht, daß ein Band in Band-Arbeiten der Erzeuger- und Verbraucherorganisationen unserem Wirtschaftszweigen von großem Vorteile sein wird, dringt in immer weitere, vor allen Dingen auch in ländliche Kreise. Ein hervorragender Führer der ostelbischen Landwirte, Freiherr von Wangenheim, hat in einer Versammlung mitgeteilt, daß große landwirtschaftliche Organisationen zur Förderung der Zufuhrung des Erzeugnisses an die Verbraucher ins Leben gerufen werden sollen. Das Reich solle sagen, wieviel Anbaufläche es zur Ernährung der Bevölkerung brauche, und diese Fläche solle dann an die Staaten und Provinzen verteilt werden. Die Nahrungsmittel sollten innerhalb der Gemeinden durch Verbraucherorganisationen an die Bevölkerung gebracht werden. Der Redner ist also nicht der Ansicht, die von manchen Seiten vertreten wird, daß die Gemeinden selbst die Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Hand nehmen sollen, er denkt sich vielmehr zur Lösung dieser Aufgabe Verbraucherorganisationen — also Konsumvereine — in den Gemeinden. Das ist auch unsere Auffassung. Während des Krieges haben allerdings die Gemeinden die Lebensmittelverteilung besorgen müssen, aber diese Einrichtung hat sich nicht bewährt. Darum wird es richtiger sein, wenn wir nach dem Krieg diese Aufgabe den Konsumvereinen übertragen, weil diese dazu geeigneter sind. Die Erde läßt sich so regeln, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in ein festes Vertragsverhältnis zu den städtischen Konsumgenossenschaften treten und an diese ihre Erzeugnisse liefern, die sie dann an die Verbraucher verteilen. Dadurch, daß der überflüssige Zwischenhandel ausgeschaltet wird, werden beide Teile große Vorteile haben, weil ihnen der ungemein hohe Verdienst, den die Zwischenhändler sonst in die Tasche stecken, selbst zugute kommt.

Fragen.

Die ihr dies tolle Würgen übersteht
Und einmal doch in Licht und Frieden seht,
Laßt mich erschauernd euren Sinn befragen:
Die Zeit, die kommt, wie verbet ihr sie tragen?
Sinkt ihr zurück in altgewohnten Trost?
Bleibt Sehnsucht ewig euer Geist und Gott?
Wird dieses Schlachten Datum nur und Tage?
Füllt ihr auf so neu mit Habsucht eure Tage?
Legt ihr gemächlich abends euch zu Bett?
Verlaßt zum Wort Schrapnell und Bajonett?
Wird's bald vom Alltag eurem Hirn entrissen,
Wie Flieger Bomben in die Städte schmissen?
Ist Tag um Tag uns tausend Männer nahm,
Durchwühlt es je das Völkchen voll Scham?
Laßt mich erschauernd euren Sinn befragen:
Die Zeit, die kommt, wie wollt ihr sie ertragen?

Josef Kultpold.

Original-Einbanddecken

zusammen für

„Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“

Gediegene Ausführung in grünem Kalifobezug

Cadenpreis 2,25 Mark, für Mitglieder 1,75 Mark.

Gleichzeitig wird beigegeben das Inhaltsverzeichnis der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“.

Bestellungen werden baldmöglichst an die Filialkassierer erbeten. Einzelmitglieder und Abonnenten können direkt beim Verbandsvorstand, Berlin W., Winterfeldstraße 24, bestellen.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Gesellschaftsstraße, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 121b) haben soeben das 3. Heft ihres 21. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Materialien der internationalen europäischen Politik von Dr. Ludwig Duesel, M. d. R. — Engelbert Bernerstorfer von Karl Keubner, Mitglied des österr. Reichsrats — Die Friedensverhandlungen, Rußland und England von Max Schippel — Unruher Kampf von Heinrich Veus, M. d. R. — Zur Reform des Koalitionsrechts von Dr. Hugo Heinemann — Eine verfallene Wurzel des Sozialismus von Alfred Moeglich — Neue französische Dichtung von Dr. Max Schober — Der Panaufrag von Paul Westheim; und anderes mehr. — Das Heft enthält ein Portrait Engelbert Bernerstorfers, gezeichnet von John Förster. — Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., der eines Vierteljahresabonnements 3,60 Mk. Zu beziehen in jeder Buchhandlung, in den Büsten, Buchböden, bei allen Kolportageuren, ferner zu haben durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Totenliste des Verbandes.

August Boneh, Kolberg Arbeiter † 4. 1. 1918, 65 Jahre alt.	Eduard Rabenack, Sielefeld Arbeiter † 22. 10. 1917, 54 Jahre alt.
H. Dammert, Schöneberg Invalide † 16. 1. 1918, 60 Jahre alt.	Kapert Thaler, München Gärtnerbeater † 11. 1. 1918, 45 Jahre alt.
Herm. Hachford, Duisburg Gasanstalt 42 Jahre alt, gestorben.	Gottfried Thür, Koblenz Straßenreinger † 10. 1. 1918, 55 Jahre alt.
Adolf Kiesevelter, Görlitz Arbeiter † 20. 1. 1918, 31 Jahre alt.	J. F. Ulmer, Offenbach a. M. Straßenwärter † 6. 1. 1918, 70 Jahre alt.
Hermann Kuntsch, Dresden Tiefbauarbeiter † 21. 1. 1918, 68 Jahre alt.	Wilhelm Wessel, Sielefeld Maurer † 15. 12. 1917, 69 Jahre alt.
Karl Meyer, Sielefeld Arbeiter † 30. 11. 1917, 27 Jahre alt.	Friedrich Westphal, Hamburg Gartenbau † 10. 1. 1918, 59 Jahre alt.
Moritz Vrenth, Berlin Gasarbeiter † 4. 1. 1918, 63 Jahre alt.	Wik. Wiskermann, Hamburg Friedhof † 10. 1. 1918, 63 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Albert Lehmer, Kolberg | **Wilhelm Föhner, Berlin**
am 27. Oktober 1917 i. Alter von | am 10. November 1917 im
46 Jahren i. Lazarett gestorben. | Alter von 80 Jahren gefallen.
Ohre ihrem Andenken!